

Änderungsantrag zu A8

Antragsteller:innen:

AG Gesundheit und Pflege

Änderung:

Titel streichen und ersetzen durch:

"Für eine gemeinwohlorientierte Krankenhausplanung"

Beschlusstext Zeile 1 bis 60 streichen und ersetzen durch:

„Der Landesparteitag fordert die Senatorin für Gesundheit, Verbraucherschutz und Frauen auf:

- vor der Entscheidung über Strukturveränderungen der kommunalen Kliniklandschaft in Bremen eine umfassende und transparente Analyse der Versorgungssituation und erwartbaren Bedarfe durchzuführen.
- Privatisierungstendenzen entschieden entgegenzutreten und den Erhalt der kommunalen Kliniken in öffentlicher Hand zu garantieren.
- Für eine weitere Erhöhung der jährlichen Landesinvestitionsmittel in die Klinikinfrastruktur zu kämpfen, um der im Krankenhausfinanzierungsgesetz verankerten rechtlichen Verpflichtung einer auskömmlichen Klinik-Finanzierung endlich gerecht zu werden.
- Eine überfällige Strukturreform der kommunalen Bremer Krankenhäuser nach medizinischer Sinnhaftigkeit und mit dem Ziel einer qualitativ hochwertigen Patient:innenversorgung und nicht unter finanziellen Gesichtspunkten einzuleiten. Hierfür müssen Veränderungen der Klinikstrukturen losgelöst von der Standortfrage und der Konkurrenz dieser untereinander erfolgen. Primär ökonomisch motivierte Strukturveränderungen hingegen sind abzulehnen. Etwaige durch Strukturveränderungen freiwerdende Mittel müssen zum Wohle der Beschäftigten in eine Verbesserung der zum Teil katastrophalen Arbeitsbedingungen geleitet werden.
- In diesem Sinne dürfen Umstrukturierungsmaßnahmen nicht zu Stellenreduktion und Entlassungen führen. Beschäftigte in Abteilungen die von Umstrukturierung betroffen sind, muss garantiert werden auch weiterhin in der GeNo beschäftigt zu bleiben. Das muss zudem zwingend Grundlage der aktuell diskutierten Pläne zur Zukunft des Klinikums LdW sein.“

Begründung:

Die im Originalantrag geforderten Garantien und Zusicherungen nur für einen der Standorte der kommunalen Kliniken, ohne vorherige Begutachtung der landesweiten Bedarfe im Krankenhausesektor sind weder solidarisch noch Ausdruck einer guten Gesundheitspolitik. Als Richtschnur einer linken Krankenhauspolitik gilt es neoliberale Tendenzen zurückzudrängen und eine bedarfsorientierte Krankenhausversorgung sowie sehr gute Arbeitsbedingungen landesweit sicherzustellen. Hierfür sind die im Originalantrag geforderten Denkverbote, ohne vorherige Prüfung der medizinischen Bedarfe, weder im Sinne der Beschäftigten noch im Sinne der Patient:innen, sondern vielmehr Ausdruck einer antiquierten Standortpolitik, die schon seit Jahren einen erheblichen Qualitätsverlust der Bremer Krankenhausversorgung zu verantworten hat.

Um dies zu veranschaulichen, muss man sich vergegenwärtigen, dass die Klinikaufteilungen in Ost, West, Mitte und Nord nicht nach medizinischen Notwendigkeiten entstanden, sondern historisch gewachsen sind. Die Gegebenheiten einer modernen Hightech-Medizin mit MRT, Herzkatheter etc. sind dabei schon gar nicht mitgedacht worden. Politischer Proporz filetierte einen möglichen Maximalversorger in Teilkliniken, die kein gemeinsames Ganzes ergeben (wie der Antrag A8 eindrücklich dokumentiert). Im Gegenteil: alle Kliniken konkurrieren um attraktive und profitable Abteilungen, eine gute, bedarfsgerechte Krankenhausversorgung steht nirgendwo im Fokus. Die Neujustierung und in diesem Zusammenhang notwendige Zusammen- oder Verlegung von

Abteilungen sind hierbei mögliche Ergebnisse einer umfassenden Analyse zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung in Bremen und dürfen nicht im Vorhinein tabuisiert werden.

Richtig allerdings ist, dass Privatisierung und Outsourcing in der stationären Versorgung entschlossen entgegenzutreten ist. Nur mit einer starken öffentlichen Krankenhausinfrastruktur können wir eine gute und gemeinwohlorientierte (anstelle einer profitorientierten) Gesundheitsversorgung ermöglichen.